




Beschneidung männlicher Kinder im Sorgerecht zu regeln ist richtig

Beschneidung männlicher Kinder im Sorgerecht zu regeln ist richtig
Mit rechtlicher Regelung soll Debatte beendet werden
Zur laufenden Debatte über den Regelungsvorschlag des Bundesjustizministeriums zur Beschneidung männlicher Kinder erklärt die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Maria Flachsbarth: "Der Regelungsentwurf des Bundesjustizministeriums ist eine sehr gute Grundlage dafür, dass wir die Rechtsicherheit für die Beschneidung männlicher Kinder jetzt schnell wieder herstellen können. Zum Wohl des Kindes muss dabei gewährleistet sein, dass die Beschneidung nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt und gleichzeitig der traditionelle religiöse Ritus bewahrt bleiben kann. Das Bundesjustizministerium hat dazu einen ausgewogenen Vorschlag präsentiert, über dessen Feinabstimmung wir im Parlament sachlich beraten und entscheiden können. Die rechtliche Klarstellung im elterlichen Sorgerecht zu verankern, das am Maßstab des Kindeswohls gemessen wird, ist richtig. Damit wird endgültig klargestellt, dass die Beschneidung männlicher Kinder, die auf Wunsch der Eltern durchgeführt wird, keine strafbare Handlung darstellt. Mit breiter Mehrheit haben wir im Juli im Deutschen Bundestag bekräftigt, dass wir die jahrtausendealte religiöse Praxis der Knabenbeschneidung, wie sie Bestandteil der jüdischen und muslimischen Religion ist, weiterhin ermöglichen wollen. Selbstverständlich wissen wir darum, dass (allen) Eltern, gleich welcher Religion sie angehören, zuallererst am Wohl ihrer Kinder gelegen ist. Mit einer rechtlichen Regelung, die das noch einmal verdeutlicht, sollte dann auch die teilweise unwürdig geführte Debatte beendet werden, mit der in den vergangenen Monaten oft unsensibel über ein zentrales Element der jüdischen und islamischen religiösen Praxis gesprochen wurde. Hintergrund: Ein Urteil des Landgerichts Köln vom 7. Mai hatte eine Beschneidung an einem vierjährigen Jungen als rechtswidrige Körperverletzung gewertet, die durch die Einwilligung der Eltern nicht legitimiert sei. Obwohl es sich um keine obergerichtliche Entscheidung handelt, macht die durch das Urteil hervorgerufene Verunsicherung eine gesetzliche Klarstellung notwendig. Der Deutsche Bundestag hat daher am 19. Juli 2012 die Bundesregierung aufgerufen, schnell "unter Berücksichtigung der grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen grundsätzlich zulässig ist." Diese Pressemitteilung finden Sie auch auf unserer Homepage und in unserem Presse-Twitter-Kanal @cducuspm. Kurz-URL: <http://cducusu.cc/SzJio5> CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag-Platz der Republik 1, 11011 Berlin- fraktion@cducusu.de <http://www.cducusu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_509790 width="1" height="1"

Pressekontakt

Diese Pressemitteilung finden Sie auch auf unserer Homepage und in unserem Presse-Twitter-Kanal @cducuspm.

11011 Berlin

cducusu.cc/SzJio5

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducusu.cc/SzJio5

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.